



Integration Tirol

Jahres- und Tätigkeitsbericht 2020

Vorwort

Familien- und Inklusionsberatung

Projekt: Keine Gewalt an Kindern
und Jugendlichen mit Behinderung

Elternvernetzung und Elternaustausch

Erfahrungen mit Corona

Ausblick 2021



**INNS'
BRUCK**

 Bundeskanzleramt



Vorwort

2020 war wohl für alle ein sehr herausforderndes Jahr – für uns natürlich auch. Auf die Covid-Situation möchte ich später möglichst kurz eingehen. Alle Probleme von Menschen mit Behinderungen auf die Corona-Krise abzuwälzen wäre ja falsch.

Seit der Übersiedlung unserer Beratungsstelle nach Innsbruck sind die Beratungszahlen weiter angewachsen und das schneller denn je... Wir sind leichter erreichbar (was vor allem für den Zentralraum Innsbruck zutrifft) und die „Mundpropaganda“ unter Eltern funktioniert...

Der Bildungsbereich hat sich leider arg verschlechtert. Es wird mehr ausgesondert denn je, und statt Sonderschulen endlich abzubauen, werden sie auf Wunsch der Politik leider gestärkt. Der „Bildungsminister“ hat leider den Sinn von Inklusion nicht verstanden und interessiert sich auch nicht dafür. Dass Inklusion eine Beziehungsarbeit ist und Beziehung nur durch Kontakt zueinander stattfindet wird leider nicht berücksichtigt.

Auch mussten wir feststellen, dass wesentlich mehr Familien und alleinerziehende Mütter von Kindern mit Behinderungen stärker denn je von Armut betroffen sind. Die Anfragen bezüglich Pflegegeld und erhöhter Familienbeihilfe wurden wesentlich mehr und die Familiensituationen dramatisch schlechter.

Die Beratungsstelle von Integration Tirol wurde 2020 sehr an ihre Grenzen gebracht. Zwei Teilzeitmitarbeiterinnen können die Anforderungen leider nicht mehr alleine bewältigen und waren über das ganze Jahr hinweg sehr gefordert, sodass es auch zu Wartezeiten kam.

Dennoch haben wir barrierefreie Wohnungen für Familien gefunden, Arbeitsplätze für Jugendliche und Erwachsene mit Behinderungen, haben Settings in Wohnortschulen ausverhandelt, Familien bei Konfliktlösungen innerhalb der Familie und mit Behörden gut unterstützt und viele zu niedrige Bescheide bezüglich Pflegegeldeinstufungen erfolgreich bekämpft. Und vieles mehr...

Für viele Eltern war es also eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Und so soll es auch weitergehen!

Mit dem schönen Satz einer Mutter möchte ich Sie einladen, den folgenden Bericht zu lesen.

**„Ihr seid echt gut und Ihr versteht und unterstützt mich –
von Euch sollte es viel mehr geben in Tirol!“**

Obmann Integration Tirol





Familien- und Inklusionsberatung

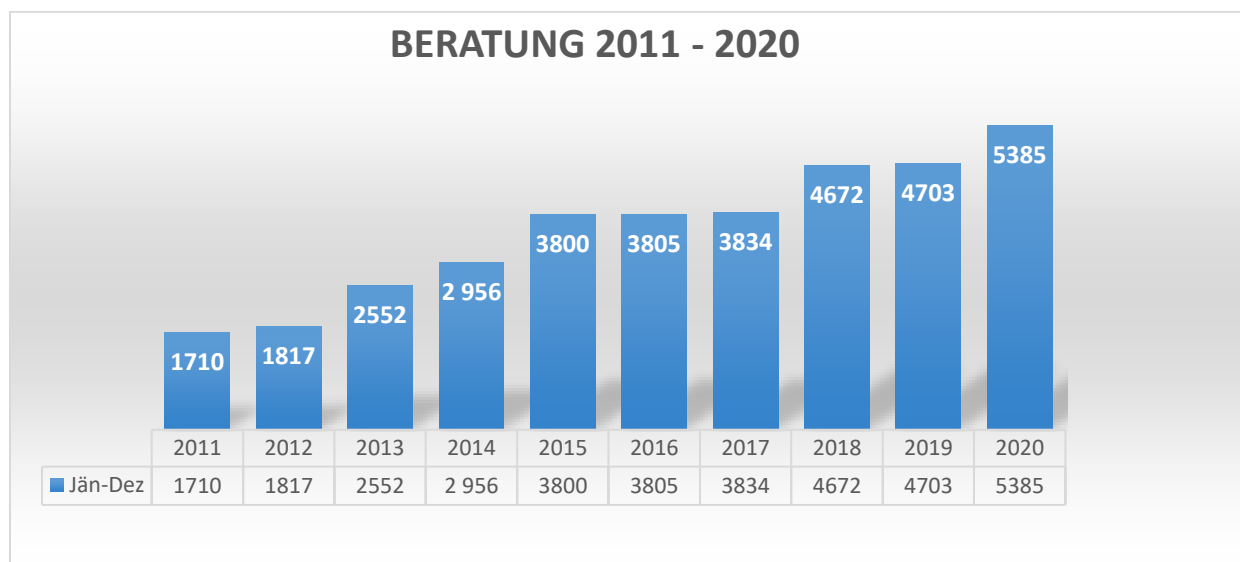
Beratungsfrequenz 2020

Die Familienberatungsstelle hat sich sehr erfolgreich im bestehenden Tiroler Unterstützernsystem etabliert und ist aus der Tiroler Soziallandschaft nicht mehr wegzudenken.

So können wir 2020 wieder auf eine enorme Steigerung der Beratungen verweisen. Es waren um 682 Beratungen mehr als 2019 – exakt 5385 Beratungen.

Unsere Beratungsstelle erreicht von Jahr zu Jahr einen höheren Bekanntheitsgrad, was auf die große Zufriedenheit der Familien und Betroffenen, die uns in der Beratungsstelle persönlich aufsuchen bzw. uns übers Telefon oder Mail kontaktieren, zurückzuführen ist.

Beworben wird die Familienberatungsstelle fast ausschließlich durch Familien, Betroffene und Systempartner-innen und ihre persönlichen Kontakte. Durch unsere Beratung und Unterstützung erleben Familien und Betroffene spürbare Entlastungen. Diese positiven Erfahrungen geben Familien gerne an andere Familien weiter und werden so zu MultiplikatorInnen unserer Beratungsstelle.





Beratungsinhalte 2020

Neben einer neuerlichen Steigerung der Beratungszahlen verzeichnen wir ebenso eine Ausweitung der Beratungsthemen, auch aufgrund von Auswirkungen der Corona-Pandemie und damit verbundener zusätzlicher Belastungen auf Familien-Systeme.

Liegt der Ursprung von Integration Tirol und auch der langjährige Beratungs-Schwerpunkt beim Thema Schule und Inklusion, so wenden sich Eltern jetzt sehr oft bereits bei Geburt und im frühen Kindesalter an uns, um Unterstützung und Begleitung zu erhalten und Antworten auf eine Vielzahl an Fragen und Unsicherheiten. Wir beobachten deutlich, dass Familien mit einem Kind mit Behinderung so normal wie möglich leben und ein selbstverständlicher und wertgeschätzter Teil der Gesellschaft sein wollen. Dazu benötigt es in unterschiedlichem Ausmaß Unterstützung durch unser Sozialsystem und von Anfang an **eine fachlich kompetente, effektive und solidarische Beratung und Begleitung.**

Rund ein Drittel der Beratungs-Zahlen und somit die häufigsten Anfragen der ratsuchenden Familien betrafen 2020 die Themen **familienunterstützende Angebote (30,44 %)**. Das ist auch zu einem guten Teil der Tatsache geschuldet, dass Unterstützungs-Maßnahmen von mehreren sozialen Dienstleistern im **1. Lockdown** gekappt wurden. Familien haben sich daraufhin oft sehr verzweifelt an uns gewandt und um Unterstützung bei der Rückführung ihrer bewilligten Ressourcen gebeten, damit der herausfordernde Alltag zu bewältigen war. Eine sehr schwierige und belastende Situation für die Familien. Statt zusätzliche Entlastung in diesen herausfordernden Wochen zu erfahren, mussten Eltern **um ihre bestehenden Unterstützungs-Leistungen kämpfen.**

Das Thema **Pflegegeld (9,2 %)** verzeichnete auch 2020 wieder eine Steigerung und machte, genau wie 2019, den größten Teil der Beratungen aus. Neben den meist zu niedrigen Einstufungen bei Erstbegutachtungen, berichten uns Eltern wiederkehrend über **menschlich inakzeptables Verhalten von Gutachter-innen**. Auch kündigen sich diese immer wieder sehr kurzfristig oder gar erst am selben Tag an und nehmen sich zudem wenig Zeit für die Begutachtung. Die Eltern sind mit dieser Vorgehensweise und der Form der Begutachtung oft überfordert, fühlen sich verletzt und sind in dieser kurzen Zeit nicht in der Lage den Pflegealltag ausführlich genug zu schildern, um so die gesetzlich vorgesehene Einstufung zu erhalten. Eltern sind darauf angewiesen, dass Gutachter-innen nachfragen. Die Pflege ihres Kindes oder Angehörigen und die zu verrichtenden Tätigkeiten sind für Eltern eine Selbstverständlichkeit in ihrem Alltag und ihnen fehlt meist die Information und das Bewusstsein, welche Auswirkungen das Benennen von oft scheinbaren Selbstverständlichkeiten und „Kleinigkeiten“ auf die Einstufung haben können. Daraus resultieren **sehr oft die zu niedrigen Einstufungen des Pflegegeldes.**

Seit vielen Jahren arbeiten wir in der Pflegegeldberatung erfolgreich mit einem Anwalt zusammen, der die Familien, nach einer ausführlichen Beratung in unserer Beratungsstelle, bei einer möglichen Klage vor Gericht vertritt. Hier können wir auch für 2020 auf **sehr erfolgreiche Pflegegelderhöhungen** verweisen. Eine Erhöhung der Pflegegeldstufe trägt auch zum finanziellen „Überleben“ von Familien bei, zumal die Hauptpflegeperson, wenn überhaupt, meist über einen längeren oder langen Zeitraum



keiner Erwerbstätigkeit nachgehen kann. Die Entscheidung zu einer Klage und der Weg zum Gericht, der sehr an den Kräften von Familien zehrt und sie psychisch belastet, sollte schon lange nicht mehr notwendig sein und der Vergangenheit angehören. Vielmehr ist den Eltern bei einer ausführlichen und fachlich unterstützenden Erstbegutachtung die korrekte und ihnen zustehende Pflegegeld-Einstufung zu bewilligen.

Ein Dauer-Thema bei den **familienunterstützenden Angeboten** ist **das geringe Stundenausmaß**, das den Familien **als Entlastung** zur Verfügung gestellt wird. Laut Leistungskatalog der Tiroler Behindertenhilfe werden immer noch maximal 376 Stunden (Familienentlastung, Freizeitassistenz) pro Jahr gewährt und das auch nur bei Erfüllung gewisser Kriterien (Alleinerzieher-in und Berufstätigkeit), ansonsten werden weniger Stunden bewilligt. Rechnet man diese Stunden auf das ganze Jahr um, so kommt man **im besten Fall auf 1 Stunde pro Tag** an Unterstützung, was von den Familien in keinsten Weise als Entlastung empfunden wird und für den Dienstleister auch nicht praktikabel ist.

Im Gegensatz dazu findet in Institutionen eine Rund-um-Betreuung von Montag bis Freitag statt und auch darüber hinaus. Dass **Ressourcen an aussondernde Institutionen gebunden** sind, verstehen weder die Familien noch wir als Familienberatungsstelle, zumal sich Österreich bereits 2008 mit Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention dazu verpflichtet hat das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in ihren Herkunftssystemen zu fördern, zu unterstützen und zu ermöglichen. Wenn die dafür **notwendigen Ressourcen den Familien** allerdings weiterhin **nicht** oder nur in einem sehr geringen Ausmaß **zur Verfügung gestellt werden**, dann bleibt Familien, vor allem mit einem Kind mit hohem Pflege- und Unterstützungsbedarf, **oft nur der Weg in eine Institution**. Diese „Entscheidungen“ werden in vielen Fällen nicht freiwillig von Familien getroffen, sondern unter dem Druck der nicht vorhandenen Entlastung in den Herkunftssystemen und sind als strukturelle Gewalt zu bezeichnen.

Das Angebot der **schulischen Nachmittags-Betreuung** findet derzeit in den Sonderschulen statt. In den Wohnort-(nahen)-Schulen außerhalb der Ballungszentren, ist das Angebot der inklusiven, schulischen Nachmittags-Betreuung oft noch nicht einmal installiert und so **obliegt** die Nachmittagsbetreuung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung fast **zur Gänze den Eltern** und hier vorwiegend den Müttern. Eine Situation, die höchst problematisch zu sehen ist, weil sie von Eltern und Familien-Systemen Unmögliches verlangt.

Eltern und Fachpersonen fragen sich: **Wie kann bei einer Stunde Unterstützung pro Tag ein ganz natürlicher Loslösungsprozess von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen angebahnt werden und stattfinden?** Wie können Kinder und Jugendliche mit Behinderung am Nachmittag und auch außerhalb des Familiensystems soziale Kontakte knüpfen und pflegen? Wie können Eltern den Bedürfnissen von Geschwisterkindern gerecht werden? Wie ist es möglich, dass Eltern unter dieser Dauerbelastung gesund bleiben und auch ein Familiensystem nicht an seine Grenzen stößt?

Um **wirkliche Teilhabe und Selbstbestimmung** von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderungen zu gewährleisten und zu fördern, wie es in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert ist, bedarf es einem Unterstützungsausmaß, das sich an der Lebensrealität und den realen Bedarfen von Familien orientiert und müssen die bestehenden Betreuungsangebote für alle Kinder, sei



es mit oder ohne Behinderung, zugänglich gemacht werden. Bei einem Zu-wenig an Unterstützung hat jede Inklusion ein Ablaufdatum und endet in der Sackgasse der Sondereinrichtungen. Die Not der Eltern aufgrund dieser Problematik, wird von uns wiederkehrend geschildert und als Lösung die **Persönliche Assistenz für Kinder und Jugendliche gefordert** – bisher ohne Erfolg.

Leider ist es so, dass auch 12 Jahre nach Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention den Nöten, Belastungen und Wünschen nach weitestgehender Normalität von Familien mit Kindern, Jugendlichen und erwachsenen Menschen mit Behinderungen nicht entsprochen wird. Wir werden bei Behörden und Politik weiter fordern, **das Angebot der Familien-Unterstützung auszubauen** und den Bedarfen der einzelnen Familien anzupassen, damit Familien sich nicht mehr dazu gedrängt fühlen ihre Kinder und Jugendlichen in aussondernde Institutionen zu geben, um Entlastung zu erfahren. Nur das macht Sinn, nur so lässt sich Inklusion wirklich leben und weiterentwickeln.

Als ersten Schritt zu mehr Familien-Entlastung sollte es zumindest möglich sein, **die Ressourcen der schulischen Nachmittagsbetreuung** (bei nicht vorhanden sein einer funktionierenden schulischen Nachmittagsbetreuung) **in das familiäre Umfeld zu transferieren**. Diese 12 Stunden pro Woche wären ein Anfang. Sie würden Familien entlasten und Kindern und Jugendlichen Entwicklungsmöglichkeiten bieten, auch außerhalb von Schule und Familie. Hoffen wir, dass die Behindertenhilfe im kommenden Jahr diesen wichtigen Schritt in Richtung mehr Unterstützung und Entlastung für Familien und somit mehr Teilhabe und Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung setzt.

Eine geringfügige Steigerung der Beratungszahlen gab es 2020 auch wieder im Bereich **sonstige finanzielle Förderungen**. Hier stellen wir allen Familien **umfassende Informationen über Förder- bzw. Finanzierungsmöglichkeiten** zur Verfügung und **unterstützen bei Problemen mit Bewilligungen**. Sich neben den Belastungen in der Begleitung und Pflege ihres Kindes hier einen Überblick zu verschaffen, ist für Familien sowohl zeitlich als auch aufgrund der Vielzahl an verschiedenen Leistungsträgern ein riesiger Aufwand, den die meisten Familien nicht zu leisten im Stande sind.

So haben Familien oft über Jahre verabsäumt, die ihnen zustehenden Leistungen zu beantragen, z.B. **Selbstversicherung in der Pensionsversicherung** oder **Zuwendungen zur Unterstützung pflegender Angehöriger**. Es ist uns wichtig, dass jede unserer Beratungen die Abklärung über die Inanspruchnahme dieser beiden Unterstützungs-Leistungen beinhaltet und so konnten wir schon sehr vielen Angehörigen, meist den Frauen und Müttern, zu einer Pensionsvorsorge verhelfen. Diese Absicherung entlastet die pflegenden Mütter sehr und nimmt ihnen ihre Sorgen vor einer **drohenden Altersarmut**.

Die **erhöhte Familienbeihilfe (6,82%)** und die hierfür notwendigen Begutachtungen durch das Sozialministeriumservice waren leider auch im Jahr 2020 wieder ein sehr ausführliches Thema. Trotz vieler Gespräche und Vernetzungstermine gab es kaum nennenswerte Verbesserungen. Verbesserungen gibt es durch die Ausweitung der Gutachter-innenliste, leider kann aber von Seiten der Eltern auf die Auswahl nicht Einfluss genommen werden. So ist es selbst bei wiederkehrenden schwierigen Begutachtungen möglich, dass Eltern auf dieselben ablehnenden Gutachter-innen treffen.



Die **Beratungen im Kindergarten** nehmen einen Anteil von **3,27%** ein. Seit einigen Jahren hatten wir den Eindruck, dass die Integration im Kindergarten schon gut funktioniere. Im Jahr 2020 wurde wir wiederholt zu der Problematik einer **begrenzten Anwesenheit im Kindergarten** kontaktiert und um Unterstützung gebeten. Es scheint in Kindergärten inzwischen wieder sehr selbstverständlich zu sein, dass Kinder mit Behinderungen nicht so lange den Kindergarten besuchen dürfen wie Kinder ohne Behinderungen. Immer wieder erhalten wir Kenntnis von Anwesenheiten von nur 4 -6 Stunden/pro Woche.

Schulberatung (17,13%), ist seit vielen Jahr ein wichtiger Bestandteil unserer Familienberatungsstelle. Leider ist die Euphorie über die Installierung der **Pädagogischen Beratungszentren** inzwischen der ernüchternden Tatsache gewichen, dass nach der Etablierung der österreichweiten Bildungsdirektionen es für die Eltern, die sich für die Inklusion entscheiden, **keine Ansprechpersonen mit Entscheidungsbefugnis** mehr gibt.

Unsere Erfahrungen lassen den Schluss zu, dass die Tiroler Bildungsdirektion Schulinklusion als Einzelschicksal einstuft. **Inklusion** wird an den Schulen nicht selbstverständlich umgesetzt, sondern als Ausnahmesituation gesehen, die **von den Familien zu erkämpfen** ist. Entsprechend gering ist das Standing und das Renommee für Schüler-innen mit Behinderung und Inklusionslehrer-innen.

Es gibt Versprechungen, viele Beschwichtigungen aber keine konkreten Schritte und Maßnahmen, um die Integration in den Schulen zu verbessern. Das fehlende Engagement von Seiten der Bildungsdirektion bekommen die Familien bereits stark zu spüren. Die qualitative Umsetzung ist immer noch abhängig von den handelnden Personen und Inklusion findet leider sehr oft separiert in extra dafür vorgesehen Räumen statt und nur unterstützt durch Schulasistenz. Vermeintliche Inklusion ist leider immer noch ganz oft nur „**Nixklusion**“. Oft wird den Schulasistent-innen die volle Verantwortung für die schulische Bildung übertragen.

Auffallend häufig erreichten uns auch 2020 wieder Anfragen zur **fehlenden Berufsorientierung (6,36%)** an Schulen. Während das Thema Beruf bei Kindern und Jugendlichen ohne Behinderung ab 13 Jahren am Stundenplan steht, scheint die Auseinandersetzung mit dieser Thematik für Kinder und Jugendliche mit Behinderung oft überhaupt nicht vorgesehen zu sein. Die Schule und der Lehrplan sehen für Schüler-innen, mit vor allem schwereren Behinderungen, oft ausschließlich den Erwerb lebenspraktischer Fertigkeiten vor, ganz unabhängig davon, ob in diesem Bereich überhaupt ein gesteigertes Interesse besteht. Interessen z. B. im Bereich Computer werden dann erst gar nicht unterstützt oder gefördert. Von dieser Problematik sind jedoch keinesfalls nur Kinder und Jugendliche mit einem hohen Unterstützungsbedarf betroffen, sondern auch durchaus Kinder und Jugendliche mit einer weniger ausgeprägten Behinderung.

Auch ist für Kinder und Jugendliche, welche nach dem ASO Lehrplan beschult werden, im Normalfall kein Englisch vorgesehen, bei Kindern und Jugendlichen mit erhöhtem Förderbedarf ganz zu schweigen. (Sonderschul-)Lehrer-innen müssen in ihrer Arbeit der UN-Behindertenrechtskonvention folgen. Dieser Paradigmenwechsel hat bisher kaum stattgefunden. Es gibt leider immer noch zu viele



Lehrerinnen und Lehrer, welche sich an „alten Lehrplänen“ und Denkweisen orientieren und Kooperationen mit aussondernden Institutionen (Werkstätten) verfolgen.

Die **Peer-Group im Klassenverband ist eine der größten Ressourcen für die Berufsfindung** von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen. Diese Ressource gilt es in jedem Fall zu nutzen und in die **Persönliche Zukunftsplanung** der Kinder und Jugendlichen einfließen zu lassen. Die Persönliche Zukunftsplanung und die Bildung von Unterstützungskreisen sind wertvolle Instrumente, um Talente, Interessen und Fähigkeiten zu filtern, um dann daraus eine **Berufskarriere** zu entwerfen, zu planen und auch umzusetzen. Für Kinder und Jugendliche mit einem hohen Unterstützungsbedarf ist es eine tolle Möglichkeit einen passenden Beruf zu kreieren und das sogenannte **Job-Creating** anzuwenden.

Nach wie vor **fehlt** es in den Schulen auch an positiven Beispielen für Sprachanbahnung und **Kommunikationsaufbau bei Kindern** mit erhöhtem Förderbedarf und fehlender verbaler Sprache. Es ist erschütternd zu hören, von Familien aber auch bei Vernetzungsgesprächen mit Vertreterinnen aus verschiedenen pädagogischen Disziplinen, dass die Kompetenzvermittlung im Bereich Kommunikation meist völlig zu fehlen scheint und ebenso das Bewusstsein über die Bedeutung und auch Auswirkung, wenn diese essenzielle Fähigkeit nicht vermittelt wird. **Kommunikation** und damit die Möglichkeit sich mitteilen zu können und verstanden zu werden, stellt ein **Grundbedürfnis** eines jeden Menschen dar. Es ist ein **Menschenrecht**. Es muss alles daran gesetzt werden, um vorhandene Kompetenzen und Ressourcen der Kinder und Jugendlichen zu erkennen und mit ihnen gemeinsam eine adäquate Sprache zu entwickeln. Kinder und Jugendliche, welche aus unterschiedlichen Gründen, nicht in der Lage sind technische Hilfsmittel zur Kommunikation zu nutzen, bleibt, zu einem ganz hohen Prozentsatz, der Zugang zu einer adäquaten Kommunikation verwehrt. Ein kontinuierlicher Aufbau der basalen Kommunikation findet nur in seltenen Fällen statt, obwohl dieses Thema ganz eindeutig in den Zuständigkeitsbereich der Förder- und Bildungseinrichtungen gehört. Familien werden mit dieser Thematik meist allein gelassen und sind damit überfordert. Für Kinder und Jugendliche bedeutet dieses fehlende Bildungsangebot eine große Einschränkung auf ihrem weiteren Lebensweg und verhindert viel zu oft die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Zudem birgt eine **fehlende Sprachmächtigkeit ein deutlich höheres Risiko**, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderung im Laufe ihres Lebens **von allen Formen von Gewalt betroffen sind** und sie dadurch nicht in der Lage sind auf ihre erfahrene Gewalt aufmerksam zu machen, damit diese beendet werden kann.

Den zweitgrößten thematischen Anteil (**18,53 %**) umfasst die Beratung und die **Integration im Jugend- und Erwachsenenalter**. Ein selbständiges und **selbstbestimmtes Wohnen (5,05%)** steht hier im Mittelpunkt. Es fehlt an Modellen und Konzepten für familiennahe, in dörfliche Strukturen integrierte, individuelle Wohnformen. Wohnheime und Betreuungsheime für alte, kranke und behinderte Menschen sind immer noch selbstverständlicher Bestandteil in unserer Gesellschaft. Wenn Familien sich für alternative und individuelle Konzepte entscheiden, muss die ganze Planungs-, Entwicklungs-, Umsetzungs- und Finanzierungsarbeit auch von ihnen geleistet werden. Hier braucht es dringend unterstützende Stellen, die diese Arbeit für die Familien übernehmen und sie in diesem Prozess begleiten.

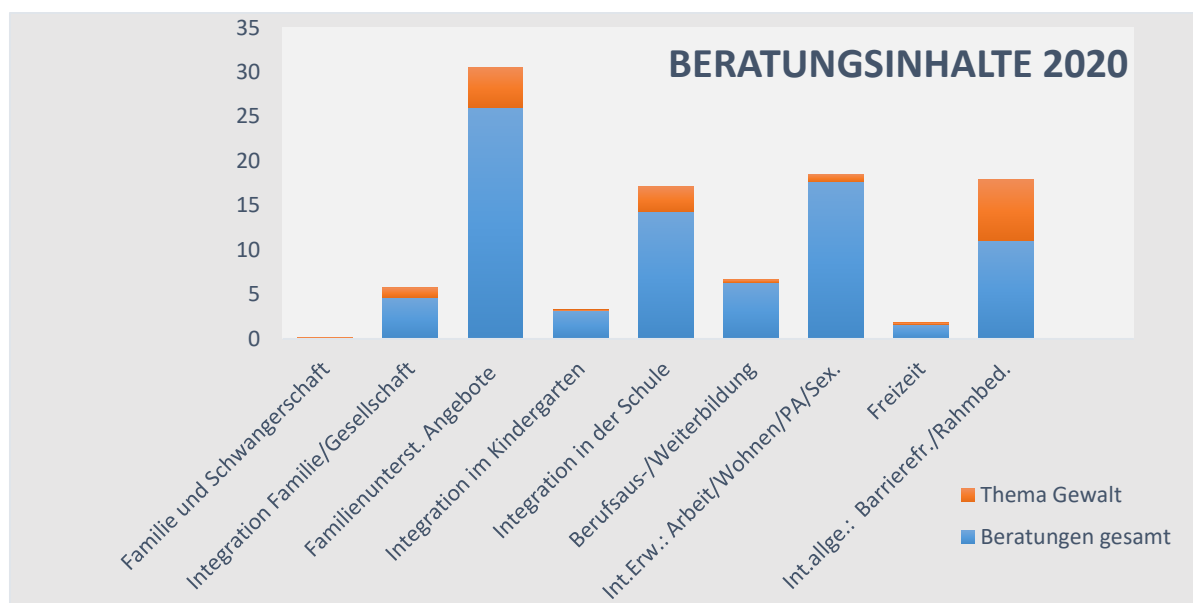


Verknüpft mit dem Thema Wohnen sind **Persönliche Assistenz (2,69%), Loslösungsprozesse und -problematiken, Erwachsenenschutz und Erbschaftsangelegenheiten (3,01%)** und **Sexualität**.

Berufsorientierungs- und Berufsvorbereitungsprojekte sollen den Einstieg auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereiten und ermöglichen. Einen wesentlichen Bestandteil sollten hier die Absolvierung von Praktikas am 1. Arbeitsmarkt ausmachen. Leider hören wir hier sehr oft von Eltern und Betroffenen, dass solche kaum stattfinden. Die Entscheidung für solche Projekte wird getroffen, damit Berufswahl und Berufschancen verbessert werden. Es ist kritisch anzumerken, dass hier immer noch der geregelte Ablauf dieser Tagesstrukturen im Vordergrund steht. Oft gelingt der Einstieg ins Berufsleben nur durch **viel Engagement und Hartnäckigkeit der Eltern**. Hier sehen wir viel Entwicklungspotential.

Die **Arbeitslosigkeit** ist unter Menschen mit Behinderungen um ein Vielfaches höher als bei Menschen ohne Behinderungen. Leider ist es auch 2020 noch immer nicht selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen für Ihre Arbeit eine angemessene Entlohnung erhalten. Taschengeld und fehlende Pensionsversicherung sind der Alltag von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten. Jugendliche mit Behinderungen und deren Eltern kommen in die Beratungsstelle **(3,12%)**, weil sie eine Alternative zu diesem System suchen. Ein eigenes Einkommen ermöglicht ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben ohne das „ewige Kind“ bleiben zu müssen.

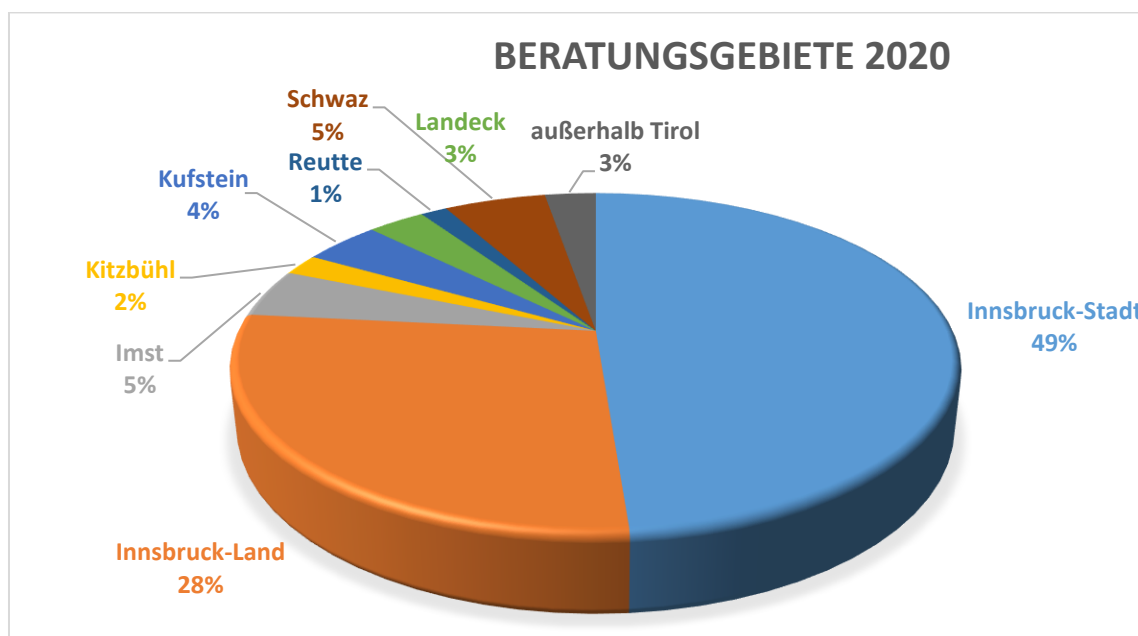
16,18 % der Beratungen umfassten den Bereich **Integration allgemein, Rahmenbedingungen und insbesondere Barrierefreiheit**. Die Wohnsituation in Tirol ist ganz grundsätzlich problematisch. Eine barrierefreie und leistbare Wohnung zu finden, ist aber noch um ein Vielfaches schwieriger. Ist eine Familie zudem noch Mehrheimisch, so ist das Finden einer Wohnung fast dem Gewinn eines Lotto 6ers gleichzusetzen und dauert immens lange. Trotzdem konnten wir hier auch 2020 einzelne Familie hier wieder erfolgreich unterstützen.





Beratungsgebiete 2020

Die Beratungen in Innsbruck und Innsbruck Land sind auch 2020 wiederum um fast 5% auf 76,62% gestiegen. Die Beratungsstelle ist einer fixen Anlaufstelle für viele Innsbrucker und Innsbruckerinnen geworden und darüber hinaus für alle Bezirke in Tirol auch Teilen von ganz Österreich.

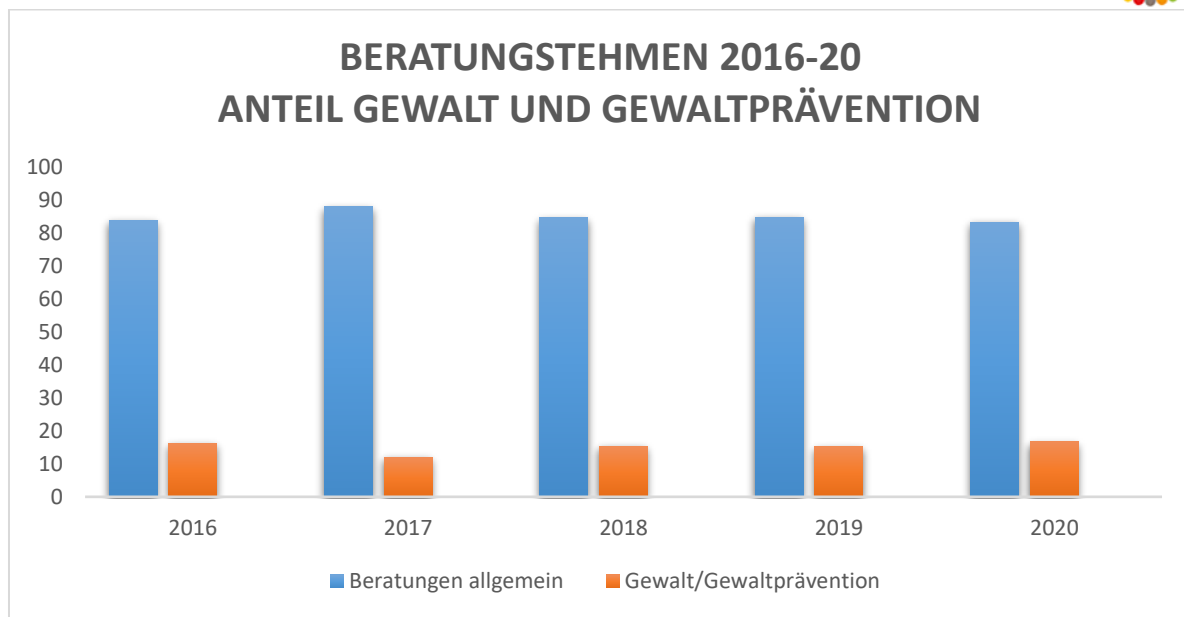


Projekt: Keine Gewalt an Kindern und Jugendlichen mit Behinderung

Wie in den vergangenen Jahren lagen die Schwerpunkte der Gewaltprävention einerseits bei **Information, Sensibilisierung und Vernetzung**, andererseits in der **Beratung**. Der Anteil der Beratungen zum Thema Gewalt bzw. Gewaltprävention war 2020 bei **16,73%**. Es ist hier eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Das Projekt hat auch dazu geführt, dass sich die tirol- und österreichweite Vernetzung mit Kinderrechts- und Gewaltschutzorganisationen intensiviert hat, was dem sensiblen Thema gut tut!

Über Inhalte und Schulungs- und Vernetzungsmöglichkeiten berichten wir [auch 2021 wie gewohnt](#) -in regelmäßigen Newsletter.



Es wurden insgesamt **vier Newsletter** zu folgenden Inhalten verschickt:

Newsletter 1: Neue Studie aus Österreich: „Erfahrungen und Prävention von Gewalt an Menschen mit Behinderungen“

Newsletter 2: Heimopferrente für Frauen und Männer, die als Kinder Gewalt in Heimen erlebt haben

Newsletter 3: Sichere Orte für Kinder schaffen (Schutzkonzepte in Institutionen und Organisationen)

Newsletter 4: Gewaltprävention für Mädchen mit Behinderungen

Das Archiv des Newsletters für Gewaltprävention auf der Website von Integration Tirol (<https://www.integration-tirol.at/newsletter-zum-thema-gewalt.html>) umfasst mittlerweile insgesamt zwanzig Beiträge und stellt somit in Österreich eine sehr wichtige Sammlung mit aktuellen Informationen und weiterführenden Links zu Gewalt an und Gewaltprävention von Kindern und Erwachsenen mit Behinderungen dar.

Im Rahmen der **Vernetzungstätigkeit** fanden vier Termine mit folgenden Systempartnern statt:

Jugendcoaching von **ARBAS** Tirol (virtuelles Treffen)

ARANEA Mädchenzentrum

Kinderschutzzentrum Innsbruck

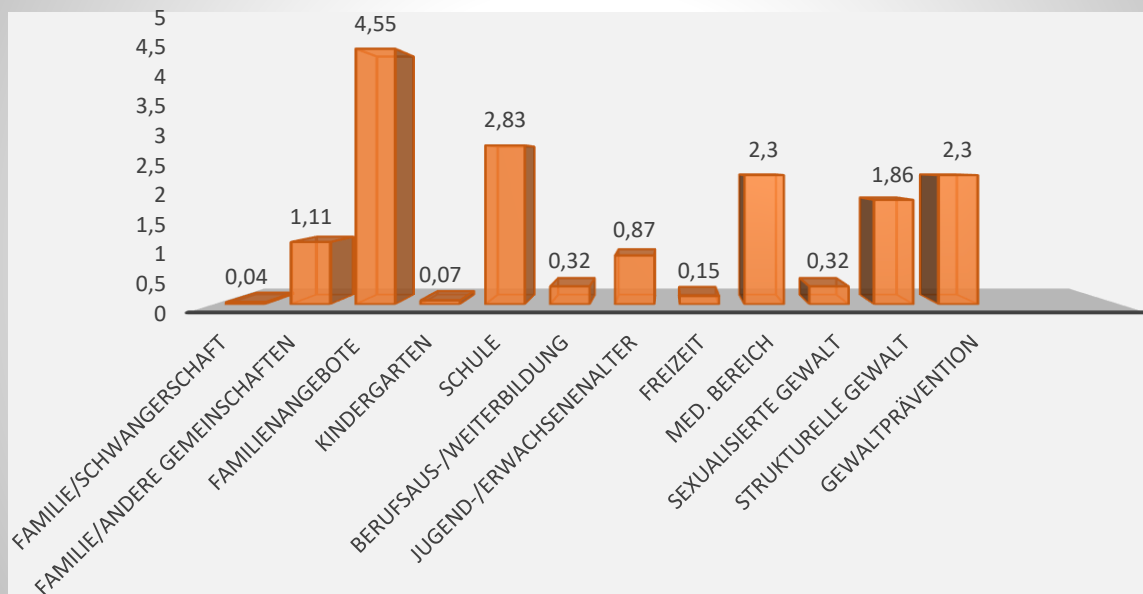
ZeMiT, Zentrum für MigrantInnen in Tirol, Innsbruck

Der Austausch und die Vernetzung mit Systempartner-innen bewährte sich auch im Jahr 2020 als sehr wichtig und gegenseitig bereichernd. Durch die persönlichen Kontakte zu den Mitarbeiter-innen

der anderen Einrichtungen fällt die Zusammenarbeit bei konkreten Fällen deutlich leichter. Die Systempartner-innen schätzen die Expertise von Integration Tirol zu Kindern mit Behinderungen.



BERATUNGSINHALTE GEWALT 2020



In der Beratung stand wiederum das Thema **Diskriminierung** im Mittelpunkt. Dabei machten die Beratungen im Bereich **Familienunterstützende Angebot** den größten Anteil (**4,55%**) aus. Der Anteil der **Schulberatungen in Verbindung mit Gewalt** umfasste **2,83%**. Einen Schwerpunkt stellte die Beratung zu Persönlicher Assistenz in Bundesschulen dar, hier kommt es immer wieder zu Diskriminierung von Schüler-innen, die nicht den engen Vorgaben des Rundschreibens vom Bildungsministerium entsprechen. Darüber hinaus fließt die Sensibilisierung für Gewaltphänomene an Kindern mit Behinderungen laufend in die Beratungstätigkeit ein.

Eine der Beraterinnen von Integration Tirol absolvierte eine Schulung für TrainerInnen, die Einrichtungen oder Organisationen für Kinder dabei unterstützen, um Gewaltschutzkonzepte zu erarbeiten (vgl. <https://www.schutzkonzepte.at/safe-places/>).

Die Mitarbeiterin absolvierte außerdem erfolgreich den Online-Kurs "Schutzkonzepte in Organisationen – Schutzprozesse partizipativ und achtsam gestalten" (vgl. <https://schutzkonzepte.elearning-kinderschutz.de/>). Sie wird in Tirol entsprechende Informationsveranstaltungen anbieten und durchführen.



Elternvernetzung und Elternaustausch

Seit dem Jahr 2018 bieten wir unsere Eltern-Austausch- und Vernetzungstreffen in Form eines Eltern-Frühstücks an. Jeden ersten Montag im Monat geben wir betroffenen Eltern und Interessierten, in ungezwungener Atmosphäre, die Möglichkeit des Austausches und der Vernetzung.

Neben den angekündigten Schwerpunktthemen bleibt bei den Treffen ausreichend Zeit für die persönlichen Erfahrungen der Eltern. 2020 konnten aufgrund von Corona nur 4 Elternfrühstücke stattfinden. Einige Eltern nutzten aber unser zusätzliches Angebot, in die Beratungsstelle zu einem Austausch mit den Beraterinnen zu kommen. Viele hoffen und melden uns regelmäßig rück, dass sie sich bereits wieder auf zukünftige Zusammenkünfte und Austauschtreffen mit anderen Eltern freuen.

Besonders schön finden wir auch, dass mittlerweile auch Erwachsene Personen mit Behinderungen vorbeikommen, mit uns frühstücken und von ihrem Leben erzählen, was den Eltern immer wieder sehr gut tut... Niemand ist alleine!

Die Corona-Pandemie und unsere Erfahrungen

Corona hat leider auch gezeigt, dass „soziale Dienstleister“ gerne von Inklusion reden, aber selbst ihrem Klientel wenig bis gar keine Mitsprachemöglichkeit einräumen. Also das Gegenteil von Inklusion.

Wir hatten viele Beratungen in denen klar wurde, dass z.B. niedergelassene ErgotherapeutInnen und LogopädInnen wesentlich mehr Solidarität und Engagement aufbrachten, als die großen Sozialdienstleister. Es haben viele engagierte TherapeutInnen den Kontakt und ihre Arbeit unter Einhaltung der Schutzmaßnahmen stabil weitergeführt. Das war sehr schön und lobenswert.

Das Jahr 2020 hat (wieder) die Notwendigkeit nach individuellen Problemlösungen gezeigt und es hat im Rahmen der „Corona-Krise“ auch sehr deutlich gemacht, dass sinnvolle familienentlastende Angebote in Tirol weitgehend fehlen.

Der Schritt von der Anbieterförderung hin zur Familien- und Betroffenenunterstützung ist leider noch längst nicht vollbracht. Aus „Inklusion“ und „Teilhabe“ wurde ganz schnell ein „wir beschützen Euch, indem wir Euch nicht mehr dabei haben wollen“... auch im Schulbereich.

2020 hat also kaum bis keine Fortschritte für Menschen mit Behinderungen gebracht, sondern eher Rückschritte, die halt im Laufe der Pandemie klarer sichtbareren denn je wurden.



Ein Ausblick auf das Jahr 2021:

Der 2021 zu beschließende „NAP“ (nationaler Aktionsplan zur Umsetzung von Behindertenrechten) verkommt auch durch das Unterrichtsministerium leider gerade zur Farce und wir Österreich wohl noch viele Probleme und Strafzahlungen bescheren.

Die Auswirkungen der verfehlten Bildungspolitik waren in der Beratungsstelle leider sehr spürbar.

Vom Tiroler Aktionsplan ist leider lange schon nichts mehr zu lesen oder zu hören. Da wird 2021 wohl auch ein interessantes Jahr – hoffentlich mit sinnvollen Veränderungen.

Wir dürfen auch davon ausgehen, dass die Zusammenarbeit mit dem „österreichischen Klagsverband“ und dem „Netzwerk Kinderrechte“ im Jahr 2021 anlassbezogen intensiviert wird, was uns sehr freut.

In eigener Sache...

Wir als Verein sind leider an der Grenze des seriös leistbaren angelangt und hoffen immer noch auf eine dauerhafte/stabile Finanzierung durch das Land Tirol. Derzeit müssen wir jedes Jahr darauf hoffen, dass wir aus den „Ermessensausgaben“ ausreichend finanziert werden können.

Die steigende Zahl an Beratungen ist leider nicht mehr seriös zu bewältigen, ohne dass Eltern Wartezeiten in Kauf nehmen müssen und damit ev. Einspruchsfristen und wichtige Termine versäumen.

Integration Tirol hat sich längst als ernstzunehmender, engagierter und hilfreicher Partner von Eltern und Betroffenen etabliert. Eine bedarfsgerechte Ausweitung unserer Arbeit wäre sehr sinnvoll und anzustreben. Darüber werden wir mit allen politischen Parteien im Landtag und der Innsbrucker Stadtregierung reden müssen – im Sinne der Familien und einer inklusiven Entwicklung.

Abschließend möchte ich mich im Namen des Vorstands noch ganz, ganz herzlich bei unseren beiden Familienberaterinnen für ihre Arbeit bedanken!

So viele positive Rückmeldungen von Eltern lassen uns alle sehr hoffen, dass diese konstruktive Zusammenarbeit mit Familien, Menschen mit Behinderungen und auch vereinsintern noch lange so weitergehen kann!



Danke Marianne und Katharina für eine hervorragende Arbeit!